

Haushaltsverabschiedung 2007

B90/Die Grünen

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte HerrInnen,

eine/er muss ja mal den Anfang machen und entschlossen aufhören mit dem verlegenen Wegtauchen vor der Übermacht des Faktischen. Daher will ich die Verabschiedung des Haushaltes 2007 nutzen, um mit Ihnen gewissermaßen gemeinsam aufzutauchen im „Geschlechter Hauptstrom“, uns allen besser bekannt unter dem wohlklingenden neudeutschen Begriff „Gender Mainstream“.

Jetzt, wo die bundesdeutsche Volkswirtschaft wieder angesprungen ist und der Michel Glos dank globaler Erderwärmung nicht mehr, wie seinerzeit noch „Superminister“ Clement die hohen Arbeitslosenzahlen mit dem schlechten Wetter erklären muss – jetzt müssen wir entschlossen der Tatsache ins Auge schauen, dass sich neben dem Arbeitsmarkt auch noch etwas Anderes in unserem Land entwickelt hat – eben besagter Gender Mainstream!

Hatten noch viele Menschen nach den letzten Bundestagswahlen geglaubt, mit dem Ende von „Rot-Grün“ und der Kanzlerschaft von „das Merkel“ sei auch die seinerzeit engagiert und erbittert geführte Diskussion über den Sinn und Unsinn eines „Antidiskriminierungsgesetzes“ ad acta gelegt, so müssen sie sich heute eines Besseren belehren lassen. Und die LehrmeisterIn heißt ausgerechnet Ursula von der Leyen, die im Familienministerium ein eigenes Referat für Mainstreaming und Antidiskriminierung unterhält.

Wie mächtig diese Idee bereits in der Politik Einzug gehalten hat, lässt sich an zahlreichen von dieser in Auftrag gegebenen Studien belegen. In der ersten Ausgabe des „Spiegel“ in diesem Jahr las ich, dass das Umweltministerium NRW ein Expertenteam, bestehend aus einer Soziologin und einer promovierten Ökotoxikologin beauftragte, eine Studie zu erstellen: „Gender Mainstreaming im Nationalpark Eifel – Entwicklung von Umsetzungsinstrumenten“. Ich zitiere den SPIEGEL: „Nach elf Monaten Arbeit legte das Forscherteam einen 67-seitigen Abschlussbericht vor. Es empfahl zum Beispiel, Bilder von der Hirschbrunft möglichst aus Werbeproschüren zu streichen, denn so etwas fördere „stereotype Geschlechterrollen“. Das Land überwies 27.000 Euro für die Studie.“

Und ich zitiere weiter: „Man könnte die Sache für das Ergebnis einer übereifrigen Bürokratie halten, wäre da nicht diese merkwürdige Wendung „Gender Mainstreaming“. Die Spitzenleute im Kanzleramt kennen sie ebenso wie die Angestellten in Rathäusern und Kreisverwaltungen, sie ist eingedrungen in die Verwaltung des Staates, leise, aber mit beträchtlicher Wirkung. (...) Gender Mainstreaming will nicht nur die Lage der Menschen ändern, sondern die Menschen selbst“ indem der Staat sich bemüht, neue Rollenbilder für die Menschen zu entwickeln. Ich frage mich verwirrt, was macht es für einen Sinn, wenn im Programm „Neue Wege für Jungs“ der Leyen – Spielschar männliche Schulabgänger dazu gebracht werden sollen, Pflege- und Sozialberufe zu ergreifen, von denen man zeitgleich den Mädchen am „Girls Day“ abrät, weil sie keine oder nur geringe Karriereaussichten anbieten? Ungleichgewicht – nur diesmal anders herum? Was soll das? Wem nutzt es?

Wem nutzt es, wenn das Bundesumweltministerium für eine Studie mit dem Titel „Gender Greenstreaming“ 180.000 Euro investiert, zu deren Ergebnissen die bewegende Erkenntnis gehört, „dass es geschlechterpolitisch sinnvoll wäre, wenn es auch mal „Motorsägenkurse für Frauen“ gäbe.

Wem nutzt es, dass in einem 550 Einwohner zählenden stillen Ort in Thüringen ein sogenannter „Gender-Check“ herausfindet, dass im örtlichen Kindergarten nur Erzieherinnen tätig sind und in der freiwilligen Feuerwehr aber nur eine Frau? Wussten das die Dörfler nicht auch schon vorher? Musste das für 15.000 Euro Kosten erst auch noch amtlich von einer Maschinenbaulingenieurin, bei der es sich in diesem Fall um einen Mann handelte, erfasst werden?

Für schlappe 324.000 Euro, vom Bundesverkehrsministerium für die Untersuchung „Gender Mainstreaming im Städtebau“ verausgabt, wissen wir jetzt u. a., dass die männlichen BewohnerInnen von Pulheim beim Neubau des Stadtparks gerne eine Boulebahn hätten.

Das Beste aber kommt jetzt, und damit schließt sich dann auch der Bogen zum Haushalt des Kreises Warendorf, HerrIn Krause.

Für 180.000 Euro hat die Leyen – Spielschar eine „Machbarkeitsstudie Gender Budgeting“ erstellen lassen. „Würde es umgesetzt, müsste jeder einzelne Finanzposten in den Einzeletats der Ministerien danach abgeklopft werden, ob er geschlechterpolitisch korrekt ausgegeben wird. Es wäre der Sieg der Bürokratie über die Vernunft, denn es ist schwer zu klären, ob nun eher Frauen oder Männer einen Vorteil haben, wenn die Regierung Steinkohlesubventionen zahlt oder einen neuen Kampfhubschrauber bestellt.“

Da solche Ideen sich für gewöhnlich ganz nebenbei und heimlich in den Köpfen festsetzen, und es vor allem auch in jeder Behörde Figuren gibt, die zu ihrer eigenen schlichten Daseinsberechtigung immer händeringend nach eine zukunftssträchtigen Beschäftigung schießen, dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, wann auch der Kreis Warendorf seine sämtlichen Haushaltsstellen einer geschlechtsspezifischen Gewichtung und Zuordnung unterzieht.

Und dass ab sofort dringend das AGG auch im Kreis Warendorf umgesetzt werden muss, darauf ist hier verwunderlicher Weise noch nicht einmal der hauseigene Rechnungsprüfer bei all seinem akribischen Tun gestoßen, um dem Kämmerer entsprechende Mittel zuzugestehen.

Ich amüsiere mich bereits jetzt köstlich über die verbalen Stilblüten, die uns auch hier in Kürze ins Haus stehen werden und möchte Sie schon mal auf das Majuskel-I , genauer gesagt auf das Binnenmajuskel-i hinweisen, wenn auch hier die Dienstanweisung ergeht:

Name alt: Mitarbeiter ist zu ersetzen durch Name neu: MitarbeiterInnen

Wie sehr diese vermeintlich diskriminierungsfreie Sprachverballhornung zu einer geschlechterneutralen Ausdrucksweise beiträgt, fand ich exemplarisch in einer Pressemitteilung der SPÖ vom 16. Jan. 2007: „Aber dabei dürfen nicht die vielen AlleinerzieherInnen, die zum größten Teil Frauen sind, vergessen werden.“

Was solcher Verbalmüll mit geschlechterneutraler Sprache zu tun hat, das weiß allein das Merkel, und wahrscheinlich nicht einmal das!

Vielleicht, nein, wahrscheinlich werden wir uns bereits am Ende des Jahres bei der zweiten Haushaltsverabschiedung mit dererlei Absurditäten und entsprechenden Kostenstellen und der einen oder anderen Genderstudie oder einem Gender-Check zu befassen haben, deren Ergebnis dann z.B. lautet: 87% aller GrunschullehrerInnen im Kreis Warendorf sind weiblich...

Dass der abstruse Sprachsalat immer weiter ins Kraut zu schießen beginnt, war vorgestern einem Wortbeitrag im WDR 2 zu entnehmen. Da laufen jetzt ernsthaft, ich betone, ernsthafte Überlegungen, die Sprechweise der Zahlen in den Schulen dem internationalen Standard anzupassen: statt siebzehn sollen die Kinder (das Wort ist geschlechtsneutral, da Neutrum!) künftig zehnsieben sagen. Gott, lass Verstand regnen, wir leiden an großer geistiger Dürre!

Ich möchte den offenbar zahlreichen Ministerialbeamten ohne eigenen Tätigkeitsbereich noch ein weiteres Leckerli zuwerfen, mit dem sie sich künftig ausgiebig beschäftigen können. Wenn Sie, sehr geehrte HerrInnen auf den für PKW noch mautfreien Autobahnen fahren, achten Sie doch mal auf italienische LKW. Da steht z.B. immer schön drauf: Materazzi, Marco – also erst der Familien und dann der Rufname. Das ist international – also weg mit dem deutschen Alleingang - für die Abschaffung von Vor- und Nachname! Das schafft bzw. garantiert endlos viele Behördenarbeitsplätze und kostet in der Umsetzung hunderte von Millionen Euros!

Kostenfrei dagegen, zumindest für den Kreis Warendorf, war die von der Landesregierung NRW in Auftrag gegebene „Überörtliche Prüfung des Kreises Warendorf“ durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW. Höchst aufschlussreich, wie ich fand, waren die Bewertungen der einzelnen Ämter und Tätigkeitsfelder des Kreises, wie sie uns in der Schlussbesprechung von den jeweiligen Prüfern vorgestellt wurden.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Kreis Warendorf im Vergleich mit den übrigen Kreisen und kreisfreien Städten in NRW überdurchschnittlich gut aufgestellt ist! Das ist gut so, aber wie immer im Leben gilt auch hier, das Bessere ist des Guten Feind. Wir erwarten daher, dass von der Kreisverwaltung die Optimierungsvorschläge der Gemeindeprüfungsanstalt ernsthaft und zeitnah gewichtet und umgesetzt werden.

Gerade im Jugend- und Sozialbereich ergeben sich noch deutliche Einspar- und Verbesserungspotentiale. Da werden wir dran bleiben. Das wird in der nächsten Zeit aktiv abgearbeitet.

Einige von uns gewünschte Optimierungen sind ja bereits durch die für diesen Haushalt beschlossene Aufstockung des zeitlichen Beratungsvolumens der Schuldnerberatung in Neubeckum und die Schaffung einer ganzen Stelle für die Heimaufsicht stimmig angegangen worden. Beide Maßnahmen waren seit langem unser Anliegen und sind durch die entsprechenden Anträge der CDU prima aufgegriffen worden. Unsere Forderung nach der Schaffung der Stelle einer Integrationsbeauftragten, die im Übrigen auch männlich besetzt werden darf, hat zwar noch nicht die nötige Zustimmung gefunden, aber wir verfolgen dieses Vorhaben zuversichtlich weiter.

Im Bereich Finanzen und ÖPNV wird, ohne jetzt schon zu viel zu verraten, dem Kreis durch die vergleichende Überprüfung attestiert, dass der Kreis die Städte und Gemeinden lediglich mit angemessenen Beiträgen belastet und sich mit seinem Finanzbedarf insgesamt „interkommunal am Minimalwert orientiert“. Zudem verfüge der Kreis WAF insgesamt über eine moderate Verschuldung und die Belastung des Haushaltes durch den Kapitaldienst liege unter zwei Prozent.

Ich wiederhole noch mal: Der Finanzbedarf des Kreises orientiert sich im Vergleich mit allen anderen Kreisen und kreisfreien Städten des Landes NRW „am Minimalwert“!

Wenn Worte außer unter Genderaspekten noch Sinn machen, dann heißt das, dass der Kreis schlicht und ergreifend optimal wirtschaftet!

Um so weniger begreife ich da die Forderungen der FWG nach sofortigem Verkauf der RWE-Aktien und die Übereignung der Erlöse nach Tilgung der Kreisschulden an die Städte und Gemeinden, damit diese ihre Haushalte ausgeglichen bekommen. Keine der BürgermeisterInnen, von denen ca. 93 % männlich sind, hat sich mit entsprechenden Forderungen nach weiteren Senkungen der Kreisumlage in die Öffentlichkeit gequält. Bei den Einbringungen der kommunalen Haushalte haben so manche dieser BürgermeisterInnen sogar stolz den jahrelangen Rückbau der Schuldenstände verkünden können.

Beispielhaft hat die Stadt Beckum in den vergangenen fünf Jahren trotz der ausgesprochen angespannten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen 10 Mio. Euro Schulden abgebaut. Das macht einen durchschnittlichen Rückbau der Schulden von 2 Mio. Euro jährlich! Und auch in diesem Jahr beabsichtigt BürgermeisterIn Strothmann (männlich) einen weiteren Abbau um weitere 1,6 Mio. Euro. Unter den gegenwärtigen Gegebenheiten, meine Herren von der FWG!

Oelde wird jährlich 1 Mio. in den Schuldenabbau investieren; kein Wunder bei einem Plus von 5 Mio. Euro Gewerbesteuereinnahmen in 2006 gegenüber dem Vorjahr! Telgte sieht goldene Zeiten auf sich zukommen und selbst BürgermeisterIn Ruhmüller (auch eindeutig männlich) grinst verschmitzt in die Kamera angesichts sinkender Arbeitslosenzahlen und steigender Gewerbesteuereinnahmen für die durch den Strukturwandel arg gebeutelten Stadt Ahlen.

Was macht angesichts dieser Datenlage der Theaterdonner der FWG für einen Sinn? Viel Schall und Rauch um nichts!

Wir Grünen haben als eines unserer Haushaltsplanberatungsergebnisse gefordert, dass mindestens eine Mio. Euro für den Schuldenabbau des Kreises veranschlagt werden sollten. Jede weitere Einsparung durch im Kreishaushalt nicht verausgabte Mittel sollte zum weiteren konsequenten Schuldenabbau genutzt werden. Dass dieser Weg der richtige ist, beweist uns die Stadt Beckum, die, wie bereits erwähnt, sogar jährlich 2 Mio. Schulden abgebaut hat! Somit ist die weitere Senkung der Kreisumlage um weitere 200.000 Euro zwar eine nette Geste der CDU, aber genau so sinnvoll wäre sie zum Abbau der Kreisschulden heranzuziehen.

Denn auch die Schulden des Kreises sind Schulden der BürgerInnen des Kreises Warendorf (von denen übrigens fast die Hälfte männlich sind) und somit belasten alle Kreditkosten der Schulden die BürgerInnen, egal, ob sie von den Städten oder vom Kreis zu bedienen sind!

Und noch eine Binsenweisheit an die Haushaltsakrobaten der FWG: Ob ich aus den Renditen der RWE – Aktien 100% der Kosten für die Kreismusikschule begleiche oder nur 80% und die restlichen 20% über die Kreisumlage bereit stelle, dafür mit den 20% Renditegeldern soziale Aufgaben anteilig abdecke; es bleibt, was es ist: eine Luftbuchung und somit ein reines Nullsummenspiel, denn beglichen werden müssen diese Kosten so oder so!

Angesichts dieser Umstände die Schlussfolgerung herzuleiten, man müsse den Haushalt grundsätzlich ablehnen, obwohl man den Teilhaushalten in den Fachausschüssen fast durchgängig zustimmt, ist dermaßen konstruiert und lachhaft, das ist schon unter besonders gekonnten tantristischen Verrenkungen abzulegen!

Nun ist es ja nicht so, als stünden wir dem Verkauf zumindest eines Teiles der RWE-Aktien gänzlich ablehnend gegenüber. Zu Zeiten des Aufsichtsratsmitgliedes der RWE-Net AG, Herrn Dr. Wolfgang Kirsch hatten wir deren Verkauf schon einmal angeregt, damit unser damaliger Landrat sich unvoreingenommen für die Interessen des Kreises WAF einsetzen könne. Aber das will gut überlegt sein und in all den Verästelungen eines derartigen Vorgehens gründlich beleuchtet werden. Wenn schon

ein Teilverkauf, dann bitteschön aber ausschließlich zur Schuldenminimierung der Kreisschulden und zum richtigen Zeitpunkt!

Der eine oder die andere erinnert sich sicherlich noch an die VorgängerIn von Dr. Strautmann im Fraktionsvorsitz der FDP. Lothar Boden hatte seinerzeit vehement gefordert, dass der Kreis sich von seinen RWE-Aktien trennen müsse. Der damalige Kurs der Aktien lag bei ca. 21,- € und somit am untersten historischen Wertlevel überhaupt. Jetzt sieht es mit dem Verkaufspreis bekanntlich deutlich besser aus, aber jeder Kommunalpolitiker gerade aus Ennigerloh sollte die Lektion gelernt haben, dass „der“ richtige Zeitpunkt für den Kauf oder Verkauf von Aktien nur ausgesprochen schwer zu treffen möglich ist.

Lassen Sie uns erst mal genau das Gesamtwirkungsspektrum eines Teilverkaufs beleuchten und dann einen guten Zeitpunkt zum Handeln abpassen.

In der Zwischenzeit halten wir es mit dem im jugendlichen Alter von 93 Jahren verstorbenen André Kostolany und erfreuen uns gelassen an einem Glas guten Rotwein.

Auf die Sinnhaftigkeit der Entscheidung der SPD, gar keinen Schuldenabbau des Kreises zu betreiben und stattdessen die Kreisumlage noch weiter zu senken, bin ich nicht ernsthaft bereit einzugehen, angesichts dessen, was ich bereits zu diesem Thema ausgeführt habe. Hier einen Popanz in der Öffentlichkeit aufzubauen, der Kreis entschulde sich auf Kosten der Städte und Gemeinden, entbehrt, mit Verlaub, aber auch jedweder politischen Realität!

Willkommen in Absurdistan, werte GenossInnen!

Hat ein Mann mit schwarzem Schnauzbart und dem Namen Borat euch bei den Haushaltsplanberatungen fachlich betreut? Wie wäre es erst mal mit Faktenstudium, bevor solche Unsinnigkeiten abgesondert werden? Habt ihr euch im Jahrhundert vertan? Oder lügen die meist männlichen BürgermeisterInnen bei der Darstellung ihrer Haushalte und die Räte schweigen mitwisserisch?

Ich gehe ganz bewusst so weit, mal ausdrücklich die handwerklich und strategisch hervorragende Arbeit der Kreisverwaltung zu loben! Dabei möchte ich mich ausdrücklich nicht dafür bedanken, denn dann wäre es ja ein Geschenk, was Sie an guter und transparenter Arbeit zur Erstellung dieses Haushaltes geleistet haben. Gute Arbeit, die auch entsprechend gewürdigt wird – weiter so!

Obwohl – da fiel mir doch ein winziger Artikel vom 16. Januar in den „Westfälischen Nachrichten“ in die Hände, der sich mit einem ausgesprochenen Lieblingsthema unserer Fraktion befasste: **dem Verkauf von FMO-Anteilen!**

Leider nicht der Kreis Warendorf sondern der Landkreis Osnabrück war es, der bauernschlau seine Anteile von gut 7% auf 5% reduziert hat, indem er sie zu einem symbolischen Preis an die „FMO Luftfahrtförderung GmbH“, eine FMO-Tochter, veräußerte.

Die „Hinterfotzigkeit“ liegt jetzt nicht etwa darin, dass der Flughafen jetzt näher – äh – sozusagen an den Hauptbahnhof Münster herangerückt ist – ja, sozusagen der Hauptbahnhof Münster geworden ist.

Nein, die gewitzten PolitikerInnen, von denen ich nicht weiß, wie viele normalerweise weiblichen Geschlechts sind, diese PolitikerInnen haben mit ihrem Schachzug dem Landkreis Osnabrück 800.000 Euro gespart, die sie sonst mehr für den Ausbau der Startbahn zu zahlen gehabt hätten! Diese Summe muss jetzt entweder durch den FMO selbst oder via Umlage durch alle Gesellschafter, also auch den Kreis WAF, aufgebracht werden – pffiffige KerlInnen, diese Osnabrücker Landeier!

Die Jahresbilanz des FMO unterstreicht übrigens in eindrucksvoller Weise unsere Argumentation, dass sich die absoluten Zahlen der Flugreisenden auf absehbare Zeit nicht erhöhen werden. Stattdessen tobt ein gnadenloser Wettbewerb der Kleinen untereinander und der Großflughäfen gegen die Kleinen. Den gerade mal 0,6% mehr Fluggästen beim FMO steht für das zurückliegende Jahr eine Steigerungsrate des Regionalflughafens Dortmund von 15,5% gegenüber, die laut FMO-Geschäftsführer Stöwer auf unfaire Wettbewerbsvorteile Dortmunds durch unerlaubte Subventionierung mit Steuergeldern zu erklären seien.

Wir Grünen hatten auch mal im Jahr 2001 gefordert, aus der höchst defizitären Beteiligung an der Bädergesellschaft Walibo & Co. auszusteigen. Nach langem Zögern hat die Kreisverwaltung das umgesetzt – dem Kreis Soest spült es heute noch „Freudentränen“ in die schmerzhaft verkniffenen Augen, wenn er an diesen Deal denkt...

Ausdrücklich begrüßen wir die Verdoppelung des Ansatzes für privaten Radwegebau von 30.000 auf 60.000 Euro und halten es für einen vernünftigen Vorschlag der CDU, diese Mittel auch bei der Errichtung entsprechender Radwege an Landstraßen bereit zu stellen, sofern das Land sich ebenfalls an den Kosten beteiligt. Es wäre den BürgerInnen des Kreises zu Recht unverständlich, wenn wir deren Wünsche auf Erstellung eines solchen Radweges mit dem Hinweis ablehnten, es handele sich rechtlich um eine Landstraße und somit seien wir nicht zuständig, wie die SPD im Bauausschuss argumentierte und daher diese Erweiterungsmöglichkeit ablehnte. Fakt ist, dass diese Straßen durch den Kreis Warendorf führen. Das ist ein bürgernahes, ein bürgerfreundliches Vorgehen, dem wir nur zustimmen können! Auch im umweltpolitischen Handeln befindet sich die Kreisverwaltung im Tritt und erhält unsere uneingeschränkte Zustimmung. Allerdings sehen wir trotz der vorbildlichen Leistungen bei Gebäudemanagement und den damit einhergehenden Energieeinsparungen noch eine Reihe interessanter Möglichkeiten einer weitergehenden ökologisch verantwortungsbewussten Ressourcennutzung. Wir werden mit der Verwaltung weiterhin das Gespräch suchen, um an die Erfolge wie die Errichtung der Holzhackschnitzelheizung am Berufskolleg Beckum und die Ersatzbeschaffung von auf dem ökologisch neuesten Stand der Technik befindliche Fahrzeuge anzuknüpfen.

Unsere Anfrage zur Softwareumstellung auf open-source-Produkte ist von der Kreisverwaltung umfassend und sehr plausibel beantwortet worden. Dr. Funke machte klar, dass man weiterhin intensiv die Möglichkeiten eines Umstiegs auf LINUX-Produkte im Auge behalten werde, um so weitere Einsparungspotentiale im Interesse aller Menschen im Kreis zu generieren.

Die Einstellung von drei Schulsozialarbeitern, die wir gemeinsam mit SPD und FWG beantragt haben, ist unseres Erachtens weiterhin richtig und notwendig. Allerdings bleiben wir, wie auch schon zu Zeiten der rot-grünen Landesregierung bei unserer klaren und unmissverständlichen Linie, nicht als Ausfallbürge für Aufgaben einzustehen, die eindeutig vom Land zu stemmen sind.

Wissen Sie, werte GenossInnen, (von denen ich derzeit nicht weiß, wie viel davon noch Männer sind) wenn Sie auf der einen Seite argumentieren, der Bau von Radwegen an den durch den Kreis führenden Landstraßen sei einzig Sache des Landes und hier einem möglichen bürgerlichen Engagement die Finanzmittel verweigern, andererseits aber unter Ausblendung jeglicher Zuständigkeiten darauf drängen, dass wir die an den Berufsschulen benötigten Schulsozialarbeiter, die nun mal definitiv vom Land zu bezahlen sind, aus eigener Tasche finanzieren sollen,

ohne das Land vorher mit entsprechendem Nachdruck zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu drängen, dann, werde GenossInnen, ist es dringend an der Zeit, mal die Schere aus der Schädeldecke zu ziehen, die zu offensichtlich gravierenden Denkblockaden führt!

Wir fordern die Verwaltung und besonders Sie, Herrn Landrat Dr. Gericke auf, sich bei der Landesregierung mit allen Mitteln Gehör zu verschaffen, damit die ihren Pflichten nachkommt, und eine rasche Einstellung dieser leider weiterhin dringend benötigten Fachkräfte erfolgt!

Sollte sich, aus welchen Gründen auch immer, das Land nicht bewegen, so müssen wir im Interesse der Menschen unseres Kreises allerdings einspringen und diese Stellen finanzieren!

Ach ja, Herr Landrat – Sie genießen derzeit ja noch Welpenschutz, weil Sie erst so kurze Zeit im Amt sind. Aber glauben Sie mal ja nicht, dass wir immer so nett zu Ihnen sein werden. Geben Sie uns erst den entsprechenden Anlass, dann werden wir uns Ihnen mit besonderer Zuneigung widmen – Ihr Vorgänger im Amt kann ein Lied davon singen.

Meine Vermutung geht ja bisweilen sogar so weit, dass Dr. Kirsch gar nicht so sehr mit seinem neuen Amt der Landesregierung auf die Füße treten wollte, die ihn partout nicht auf die Ministerbank gelassen hat. Vielmehr besaß er einfach nicht mehr die Nervenstärke, einmal jährlich in der Haushaltsverabschiedung ohne die Möglichkeit der sofortigen Gegenwehr seine Nehmerqualitäten unter Beweis zu stellen. Ich vermisse ihn, denn er war mir alle Jahre wieder ein dankbarer Sparringspartner.

Nicht, dass ich Ihnen damit empfehlen möchte, sich genau so zu positionieren, wie es Dr. Kirsch hier gemacht hat – beileibe nicht!

Aber zurück zur ach so stringenten Politik der Kreis-SPD:

Wir vermögen absolut keinen Sinn darin zu finden, wenn hier in alter Klassenkampftradition Resolutionen verabschiedet werden sollen, die die geplante Verschärfung des §107 GO verhindern soll. Allein der Gedanke, über eine Resolution etwas bewegen zu wollen, mutet schon so kindlich naiv an, dass man/frau euch das Köpfchen tätscheln möchte.

Ich habe nicht einmal in meiner politischen Tätigkeit erlebt, dass eine Resolution auch nur ein Sandkörnchen bewegt, oder die Umsetzung eines geplanten politischen Vorhabens verhindert hätte. Das ist Theaterdonner, der aber auch gar nichts zur Folge hat. Stattdessen muss man durch die relevanten Gremien, in denen ja auch GenossInnen vertreten sind, in konzertierter Form massiven Druck erzeugen. Die Landtagsabgeordneten ins Feuer schicken. Gespräche mit den verantwortlichen Entscheidungsträgern führen, statt plakative Resolutionen ungehört im Nirwana verpuffen zu lassen! Ihr wisst das ganz genau und trotzdem diese Scheinaktivitäten, die genau zu der fatalen Politikverdrossenheit in der Bevölkerung geführt haben, die sich in der Meinung artikuliert, die Politiker laberten doch nur!

Und wenn die Politiker mal vorher miteinander redeten, statt gleich mediengeil aufeinander einzuprügeln oder sich sogar dazu versteigen, Politiker anderer Fraktionen bei deren Parteivorständen anzuschwärzen, Herr Juli, dann würden so manche Schief lagen gar nicht erst entstehen, geschweige denn zu irreparablen Brüchen führen.

Meine Damen und Herren, ich gebrauche doch noch einmal diese zugegebenermaßen veraltete Anrede, da viele unserer Anliegen, die wir in unserer Haushaltsplanberatung formuliert hatten, sich in diesem Haushalt wiederfinden,

stimmen wir dem Haushalt 2007 zu. Es ist ein Haushalt der Verantwortung gegenüber den Menschen in unseren Städten und Gemeinden, ein Haushalt der Offenheit und ein Haushalt, in dem auch innovative Ansätze ihren Niederschlag finden.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.